

Detailhandel

Besuchfrequenzen in Einkaufsstrassen brechen ein. Ist der Onlinehandel schuld? 24

Einsprache gegen Strafbefehl zurückgezogen

Lichtensteig Im Dezember stand eine 30-jährige Frau vor dem Kreisgericht Toggenburg. Sie wehrte sich gegen einen Strafbefehl, in dem ihr eine Geldstrafe von 30 Tagessätzen zu je 100 Franken und eine Busse von 600 Franken ausgesprochen wurde.

Die Frau hatte auf der Strasse zwischen Gams und Wildhaus ein Postauto überholt. Sie scherte knapp vor dem Postauto auf die rechte Spur zurück und zwang den Postautochauffeur zum Bremsen. Die Autofahrerin erklärte dies damit, dass der Postautochauffeur nicht vom Gas gegangen und über die Mittellinie gefahren sei. Weil sich die Situation so verändert habe, habe sie sich nicht mehr wohlfühlt. Sie sei deutlich vor der nächsten Kurve wieder auf die rechte Spur gefahren, jedoch eher knapp vor dem Postauto. Der Busfahrer tatierte das Manöver als zu gefährlich ein und erstattete Anzeige gegen die Autolenkerin, worauf diese den Strafbefehl erhielt und dagegen Einsprache erhob. Bei der Gerichtsverhandlung verlangte der Verteidiger der Autofahrerin einen Freispruch. Zum einen sei nicht klar, wo genau das Überholmanöver stattgefunden habe. Zum anderen habe der Postautochauffeur bezüglich des Bremsmanövers die Grenze zur Fiktion überschritten. Die Zeugen hätten die Vollbremsung nicht bestätigt und auch auf dem Fahrtenschreiber sei keine solche ersichtlich gewesen.

Augenschein hat nicht stattgefunden

Der Einzelrichter fällt nach der Gerichtsverhandlung noch kein Urteil. Es sei zuerst zu klären, wo genau sich der Vorfall zugetragen habe. Ein Augenschein wurde im Januar angesetzt. Dieser musste aber aufgrund des Schnees abgesetzt werden. Bevor ein zweiter Termin für diesen Augenschein angesetzt werden konnte, hat die Autofahrerin die Einsprache zurückgezogen. Damit ist der Strafbefehl der Staatsanwaltschaft in Rechtskraft erwachsen und die 30-jährige Frau muss die darin angesetzte Strafe bezahlen. (sas)

Als Entscheidungshilfe gedacht

Projekt 2023 Nach Ablauf der Vernehmlassungsfrist hat das Kernteam Gemeindefusion die Informationsbroschüre entsprechend angepasst. Diese wird Anfang Mai in alle Haushalte der betreffenden Gemeinden verschickt.

Urs M. Hemm

urs.hemm@toggenburgmedien.ch

«Die Botschaft der Informationsbroschüre bleibt unverändert: Es lohnt sich, die Fusion unserer drei Gemeinden und deren Schulgemeinden zur Einheitsgemeinde eingehend zu prüfen», sagt Toni Hässig, Co-Präsident des Kernteam Projekt 2023. Aufgrund der Anregungen, die an der Diskussionsveranstaltung im Januar geäußert wurden, und aus den 14 schriftlich eingegangenen Vernehmlassungsantworten seien jedoch gewisse Punkte in der Informationsbroschüre zur Grundsatzabstimmung angepasst, ergänzt oder präzisiert worden, sagt Toni Hässig. Die Broschüre dient als Entscheidungshilfe hinsichtlich der Grundsatzabstimmung vom 30. Juni. Sie enthält unter anderem Stellungnahmen von Gemeindepräsidentin Vreni Wild (Neckertal) sowie von den Gemeindepräsidenten Christian Gertsch (Hemberg) und Toni Hässig (Oberhelfenschwil), welche die Prüfung einer Fusion klar befürworten. Zudem erläutern Elisabeth Roth, Schulpräsidentin Primarschule Hemberg, Werner Raschle, Schulpräsident Schule Oberes Neckertal, sowie Rudolf Mäder, Schulpräsident Schule Neckertal, die Beweggründe der jeweiligen Schulgemeinden, warum sie eine Fusion anstreben.

Mehr Grafiken anstelle von viel Text

Visuell fallen bei der neuen Broschüre vor allem die farblich hervorgehobenen Zusammenfassungen der Stellungnahmen auf. Klar gegliedert werden dort noch einmal die Kernthemen benannt und es wird kurz dargelegt, was sich die Gemeinden und Schulgemeinden von einer Fusion erhoffen. Die Texte wurden zum Teil gekürzt und Zusammenhänge und Entwicklungen grafisch dargestellt. «So sind wir den Stimmen gerecht geworden, welche monierten, die Broschüre sei zu textlastig, sodass die einzelnen



An einer Diskussionsveranstaltung im Januar in der Schüür in Brunnadern konnten sich verschiedene Interessengruppen zur Informationsbroschüre zum Fusionsprojekt 2023 der Gemeinden Oberhelfenschwil, Neckertal und Hemberg äussern. Bild: Urs M. Hemm (Brunnadern, 15. Januar 2019)

«Bei einem Ja wird den Gemeinderäten lediglich der Auftrag erteilt, das Projekt zu prüfen. Es wird nicht über die Fusion abgestimmt.»



Toni Hässig
Co-Leiter der Kerngruppe

Argumente beinahe untergehen würden», begründet Toni Hässig die Anpassung.

Inhaltlich ist zu bemerken, dass an verschiedenen Stellen ausdrücklich auf die Auswirkungen dieser Grundsatzabstimmung aufmerksam gemacht wird. «In diversen Stellungnahmen wurde darauf hingewiesen, dass besser verständlich gemacht werden muss, worum es bei dieser Abstimmung überhaupt geht. Nämlich, dass bei einem Ja den Gemeinderäten lediglich der Auftrag erteilt wird, das Projekt zu prüfen und nicht über eine Fusion abgestimmt wird», sagt Toni Hässig. Grundsätzlich, das gehe aus den meisten Stellungnahmen hervor, erhofften sich die Schreibenden ein Ja an der Abstimmung. Denn zum einen werde nur so eine Gesamtschau zur Struk-

turbereinigung über das ganze Neckertal möglich. Zum anderen werde explizit darauf hingewiesen, dass bei einem Nein in nur einer der drei Gemeinden die Chance, um eben diese Strukturbereinigung vornehmen zu können, für lange Zeit vertan würde.

Versand auf Anfang Mai geplant

Was in der revidierten Broschüre nicht berücksichtigt werden können, waren Äusserungen oder Fragen zu Themen wie Schulstandorte nach einer Fusion, den Standort des Gemeindehauses in der neuen Gemeinde, die zukünftige Verwaltungsorganisation oder die künftige Unterstützung der Vereine. «Diese und viele weitere Fragen können wir erst dann beantworten, wenn wir von der Bevölkerung am 30. Juni den Auf-

trag zur Prüfung erhalten haben», sagt Toni Hässig.

Die nun vorliegende, überarbeitete Informationsbroschüre muss nun noch von den drei Gemeinderäten genehmigt werden, was gemäss Toni Hässig eine reine Formsache sein werde. Die Zustimmung aller drei Räte vorausgesetzt, werde die Broschüre Anfang Mai in alle Haushalte von Oberhelfenschwil, Hemberg und Neckertal versandt.

Hinweis

Informationsveranstaltungen vor der Abstimmung vom 30. Juni: Oberhelfenschwil, Montag, 20. Mai, Sonneberghalle; Hemberg, Dienstag, 21. Mai, Kirchengemeindesaal; Neckertal, Mittwoch, 22. Mai, Turnhalle Haselacker. Alle Veranstaltungen beginnen um 20 Uhr. www.projekt2023.ch

Leitartikel zur Schulratspräsidentenwahl in Lütisburg

Marianne Burger Studer ist keine Alibikandidatin

Lütisburg braucht einen Neuanfang. Nach den Streitereien zwischen Schul- und Gemeinderat beim Projekt Primarschule Lütisburg 2020plus sollen die Räte geeint ein neues Turnhallenprojekt aufgleisen. Auch die Forderung nach einer Einheitsgemeinde schwebt so hartnäckig über dem Dorf wie Pulverdampf nach einer Schlacht.

Geht es nach dem abtretenden Schulratspräsidenten Josef Rüttsche, beginnt der Neuanfang mit der Wahl seiner Nachfolge. Diese bestimmen die Lütisburger Bürge-

rinnen und Bürger am kommenden Sonntag. Mit seinem Rücktritt möchte er den Weg in eine ruhige und unbelastete Zukunft freimachen, so Rüttsche.

Ruhig verlief dann auch der «Abstimmungskampf»: Es gab nur eine offizielle Kandidatur. Werner Scherrer, Josef Rüttsches Neffe, will vom Gemeinderat an die Spitze der Schule wechseln. Der 44-Jährige bringt Führungserfahrung aus der Privatwirtschaft und der Verwaltung mit. Ausserdem ist der dreifache Familienvater in diversen Vereinen aktiv und im Dorf vernetzt.

Ist die Wahl also reine Formsache? Mitnichten. Kurz nach dem Versand der Wahlunterlagen gab die 56-jährige Marianne Burger Studer bekannt, mit einer wilden Kandidatur ins Rennen zu steigen. Das Timing und die Tatsache, dass ihr Name nicht auf dem Wahlzettel steht, dürften bei ihrer Kandidatur die grössten Nachteile sein. Denn die ehemalige Schulleiterin ist keine Alibikandidatin. Mit ihrem gut gefüllten Rucksack aus dem Schulwesen und ihrem Gespür für ehrliche und präzise Kommunikation erfüllt sie die Anforderungen an das Amt. Da sie in

Lütisburg noch keinem Gremium angehörte, steht sie eindeutiger für einen Neuanfang als Werner Scherrer.

Dieser wurde als Gemeinderat in die Baukommission delegiert, welche schon «PSL 2020plus» ausgearbeitet hat. Ausserdem steht er Josef Rüttsche als dessen Neffe nahe. Ob Lütisburg unter diesen Voraussetzungen von der Personenauf die Sachebene findet, ist zumindest zweifelhaft.

Dem gegenüber steht, dass Werner Scherrer sich in sei-

nem Leben unermüdlich für Lütisburg und die Jugend eingesetzt hat und dies bestimmt auch als Schulchef tun würde. Zweifellos ist der Turner aufgrund seiner offiziellen Kandidatur in der Pole-Position, wobei auch ein zweiter Wahlgang nicht unwahrscheinlich ist. Ein solcher würde die Ausgangslage nochmals verändern, da am 19. Mai wegen der eidgenössischen Abstimmungen mehr Leute an die Urne gehen.

Eines ist klar: Der neue Schulchef der Brückengemeinde wird Ausdauer brauchen. Dass Lütis-

burg – besser früher als später – den Weg zur Einheitsgemeinde beschreitet, wird seine Hauptaufgabe sein. Gelingt dies, bleibt zu hoffen, dass alle Verantwortlichen dann nicht nur auf dem Papier, sondern buchstäblich eine Einheit bilden.



Timon Kobelt
timon.kobelt@toggenburgmedien.ch